

nung. Sogenannte „Reprivatisierungspläne“ sind im Gespräch. Sie zielen darauf ab, bestimmte öffentliche Leistungen — wie Müllabfuhr, die Unterhaltung von Freibädern usw. — in die Hände privatkapitalistischer Unternehmen zu legen und durch kostendeckende Preise auch in diesen Bereichen das Profitsystem voll zur Geltung zu bringen.

Die fortschreitenden Angriffe auf den Abbau sozialer Rechte sind nicht zu trennen von den Maßnahmen, die auf die politische Entmündigung der Staatsbürger zielen. So wurden zum Beispiel in der BRD in den letzten Jahren eine Reihe von Gesetzen erlassen, die die bürgerlich-demokratischen Rechte weiter einschränken, unter anderem das Demonstrationsrecht und die Rechte der Verteidiger in Strafprozessen.

Opfer der allgemeinen Rechtsentwicklung wurden zum Beispiel jene mehr als 4000 Frauen und Männer in der BRD, denen Berufsverbot erteilt wurde. Mehrere Millionen wurden vom sogenannten Verfassungsschutz und anderen Geheimdiensten einer Gesinnungsüberprüfung unterzogen und ihre Daten in Computern gespeichert. In wachsendem Maße werden Betriebsräte und

Studenten bespitzelt. Geheimdienste stellen den Konzernleitungen „schwarze Listen“ zur Verfügung, um politisch aktive Werktätige aus Monopolbetrieben fernzuhalten.

Gleiches geschieht auch in anderen kapitalistischen Ländern. In den USA werden jährlich über vier Millionen Postsendungen durchschnüffelt und „erkennungsdienstlich ausgewertet“. Der CIA und andere Geheimdienste verfügen über computergespeicherte Angaben von Millionen von US-Amerikanern.

Unverhüllte Drohungen gegen Andersdenkende, Terroristenhysterie und ins Extrem gesteigerter Antikommunismus sind weitere Symptome, die den Rechtstrend charakterisieren.

Immer offener bekennen sich die rechtskonservativen Kräfte zu autoritären Methoden der Machtausübung. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis ist „Herrschaft ein Begriff, der auf die Bewältigung harter Zustände und die Bändigung bösen Willens zugeschnitten ist“. Dementsprechend verlangen sie, die anstehenden Probleme „durch ein ganz ungewöhnliches Maß von Disziplinierung, Energie und Zucht“ zu bewältigen.

Die Neonazis dienen als Reserve der Rechtskräfte

Vielfältig ist heute das Zusammenspiel der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals mit den Neofaschisten. Auch in der BRD treten neofaschistische Kräfte immer unverhüllter und militanter auf. Verschärfter Antikommunismus und extremer Nationalismus schaffen ihnen einen günstigen Nährboden und weiten Spielraum. Zunehmend offener werden nazistische Verbrechen der Vergangenheit verharmlost und gerechtfertigt. Eklatante Beispiele hierfür sind die Freisprüche der KZ-Mörder im

Düsseldorfer Maidanek-Prozess oder die Tatsache, daß über 200 000 Naziverbrecher in der BRD niemals strafrechtlich verfolgt wurden und selbst die Blutrichter des berühmten Hitlerschen Volksgerichtshofes bis heute nicht rechtskräftig abgeurteilt sind. Spürbar nimmt die Organisiertheit und Brutalität neonazistischer Schläger- und Terrorgruppen zu (siehe auch „Neuer Weg“ Heft 16/1979, S. 649). Traditionsverbände der SS, ja selbst eine „Aufbauorganisation der NSDAP“ aktivieren ihr unheil-

volles Treiben. Eine Flutwelle neofaschistischer Propaganda ergießt sich über den Bundesbürger. Und immer lauter wird der Ruf nach einem „starken Mann“, nach „mehr Staat“ und „Staatsautorität“. Vokabeln wie „Zucht, Ordnung, Disziplin“ sind gängige Worte.

Auch die verstärkten Aktivitäten solch ausgesprochener rechtsextremistischer Organisationen wie des Ku-Klux-Klan in den USA sind ernstzunehmende Anzeichen der Zunahme der Gewaltmethoden im Interesse der Herrschaftssicherung des Großkapitals.

Die offensichtliche Duldung und Begünstigung neonazistischer Bestrebungen läßt nur den Schluß zu, „daß bestimmte Kräfte darauf aus sind,“ sich eine politische Reserve, ein jederzeit mobilisierbares, nazistisches Potential zum Kampf gegen fortschrittliche Kräfte im Innern und des militanten Revanchismus nach außen zu schaffen“.¹

Der dem Monopolkapital wesenseigene Drang nach Expansion und Gewalt findet seine ausgeprägteste Form in Gestalt faschistischer Herrschaftsmethoden. So lange die Herrschaft des Monopolkapitals andauert, so lange besteht auch die Gefahr der Errichtung faschistischer Diktaturen. Und die Überlegungen der Herrschenden in den kapitalistischen Ländern schließen diese Variante ein — wenn auch ihre Realisierung unter den innen- und außenpolitischen Aspekten des existierenden Kräfteverhältnisses eine andere, die letztlich entscheidende Frage ist.

Die Zunahme autoritärer Herrschaftsmethoden im Inneren hängt unmittelbar zusammen mit einer gewissen Neubewertung des Faktors der Gewalt nach außen in den Strategien des Imperialismus. Vor allem die Pläne der NATO zur Veränderung des strategischen Gleichgewichts, der unver-